



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-1984

10.12.1985 - Drucksache 11/533

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion der SPD**SDI**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Planungen der USA zum Aufbau einer strategischen Weltraumverteidigung sind für die Bremische Bürgerschaft Anlaß zu großer Sorge. Angesichts der heutigen Massenvernichtungsmittel können Ost und West Sicherheit nicht mehr im bloßen Gegeneinander, sondern nur noch im Miteinander finden. Sicherheitspartnerschaft ist eine politische Voraussetzung für gemeinsames Überleben.

Die strategische Verteidigungsinitiative der US-Regierung steht dazu im deutlichen Widerspruch, denn jede Form der Militarisierung des Weltraums verursacht eine neue Runde des Wettrüstens auf der Erde und im Weltraum. Der Milliardenaufwand für militärische Forschung sollte dagegen zur Überwindung des Hungers in der Welt und zur Abwehr von Umweltkatastrophen genutzt werden.

In Anbetracht dieser Gefahren und Widersprüche fordert die Bürgerschaft (Landtag), daß die Bundesrepublik

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen beteiligt,
- ihren internationalen Einfluß dahingehend geltend macht, daß die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird,
- sich dafür einsetzt, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten und auf alle Bereiche und Stufen der Weltraumrüstung ausgedehnt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, im Bundesrat jegliche Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Programm abzulehnen und seinen Einfluß im Sinne obengenannter Forderungen geltend zu machen.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt für ein europäisches ziviles Forschungsprogramm ein und bittet den Senat, sich im Bundesrat für eine Beteiligung der Bundesländer bei der Definition und Durchführung von EUREKA oder ähnlichen Projekten in diesem Sinne auszusprechen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat deshalb Verständnis für die vielfältigen Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, die Bundesregierung durch demokratische und rechtsstaatliche Mittel von jeglicher Beteiligung am SDI-Programm abzuhalten.

Barsuhn, Kunick und Fraktion der SPD

Antrag der Fraktion der SPD

201

Die Fraktion der SPD hat den Antrag gestellt, dem Landtag zu empfehlen, die Besetzung der Ausschüsse für die 11. Wahlperiode wie folgt zu beschließen:

1. Ausschuss für die Angelegenheiten der Jugend und des Jugendwohlfahrts: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

2. Ausschuss für die Angelegenheiten der Kultur, des Sports und der Volksbildung: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

3. Ausschuss für die Angelegenheiten der Arbeit, des Berufslebens und der Sozialversicherung: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

4. Ausschuss für die Angelegenheiten der Wirtschaft, des Handels und des Verkehrs: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

5. Ausschuss für die Angelegenheiten der Gesundheit, des Wohlfahrts und der Sozialfürsorge: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

6. Ausschuss für die Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Umweltschutz: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

7. Ausschuss für die Angelegenheiten der Energie, des Wasserhaushalts und der Umweltschutz: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

8. Ausschuss für die Angelegenheiten der Wissenschaft, des Hochschulwesens und der Forschung: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

9. Ausschuss für die Angelegenheiten der Verwaltung, des öffentlichen Dienstes und der Landesverwaltung: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.

10. Ausschuss für die Angelegenheiten der Landespolitik, des Landeshaushalts und der Landesverwaltung: 10 Mitglieder, 5 von der SPD, 5 von der CDU.